

Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen

### **Sitzungsniederschrift**

Der Ausschuss für Soziales führte seine 20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 07.02.2017, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Bitterfeld, Markt 7, Rathausneubau, Beratungsraum 312, von 18:00 Uhr bis 20:03 Uhr, durch.

#### **Teilnehmerliste**

##### **stimmberechtigt:**

###### Vorsitz

Hendrik Rohde

###### Mitglied

Christa Blath  
Klaus-Ari Gatter  
Horst Rüger  
Günter Sturm

###### Sachkundige Einwohner

Jürgen Bernhardt  
Hannelore Finke

###### Seniorenbeirat

Elke Ronneburg

###### Mitarbeiter der Verwaltung

Sabine Bauer

FBL Bildung/Kultur/Soziales

###### Gäste

Gudrun Petzhold  
Dagmar Zoschke

Amtsleiterin Sozialamt Landkreis Anhalt-Bitterfeld  
Stadtratsvorsitzende der Stadt Bitterfeld-Wolfen

##### **abwesend:**

###### Mitglied

Mirko Claus  
Klaus-Dieter Kohlmann

entschuldigt

###### Sachkundige Einwohner

Birgit Fritsch  
Jana Groß  
Beatrice Lenz  
Károly Pákozdi

entschuldigt

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 07.02.2017, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.  
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

**Bestätigte Tagesordnung:**

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 10.01.2017	
4	Integrative Sozialarbeit BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung Frau Petzhold, Amtsleiterin Sozialamt Landkreis Anhalt-Bitterfeld Frau Zoschke, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses	
5	Fortführung der Sozialraumplanung BE: Frau Zoschke, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses Frau Petzhold, Amtsleiterin Sozialamt Landkreis Anhalt-Bitterfeld	
6	Erste Informationen zum Seniorenmarkt BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	
7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p><b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</b></p> <p><b>Der Ausschussvorsitzende, Herr Rohde</b>, eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 Ausschussmitgliedern und 2 sachkundigen Einwohnern fest. Frau Lenz und Herr Claus sind für die heutige Sitzung entschuldigt.</p> <p><b>Herr Bernhardt</b> teilt mit, dass er häufig keine Sitzungsunterlagen bekommt. Auch dieses mal nicht.</p> <p><b>Herr Sturm</b> sagt, dass dies bei Herrn Bernhardt in der Vergangenheit vermehrt aufgetreten ist. Woran liegt das?</p> <p><b>Frau Zoschke</b> weist darauf hin, dass man den SB Bürgerservice im Vorfeld bereits informieren sollte, wenn Unterlagen nicht fristgerecht ankommen. Sie geht davon aus, dass alle Unterlagen ordnungsgemäß versandt wurden. Hier sollte geprüft werden, wo das Problem zwischen Versand und Ankunft der Unterlagen liegt. Das Problem liegt eventuell bei der Post.</p> <p><i>Redaktioneller Hinweis: Die Sitzungsunterlagen für den Ausschuss für Soziales am 07.02.17 wurden alle ordnungsgemäß am 26.01.17 an die Poststelle übergeben.</i></p>	
<p>zu 2</p>	<p><b>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</b></p> <p>Da keine Änderungsanträge vorliegen, lässt <b>Herr Rohde</b> über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p><b>Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 10.01.2017</b></p> <p><b>Herr Rohde</b> erklärt, dass er Kontakt mit dem Inklusionsnetzwerk bzgl. des barrierefreien Tags in der Stadt Bitterfeld-Wolfen aufgenommen hat. Das Inklusionsnetzwerk freut sich über die gemeinsame Zusammenarbeit bei dieser Aktion. Er würde die fehlenden Daten nachreichen.</p> <p>Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt <b>Herr Rohde</b> über die vorliegende Niederschrift abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 4</p>	<p><b>Integrative Sozialarbeit</b> BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung Frau Petzhold, Amtsleiterin Sozialamt Landkreis Anhalt-Bitterfeld Frau Zoschke, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses</p> <p><b>Frau Zoschke</b> führt aus, dass die Verwaltung nicht Träger der Sozialarbeit ist. Jedoch finden soziale Angelegenheiten dort statt, wo Menschen leben. In der Stadt Bitterfeld-Wolfen gibt es verschiedene Beratungsangebote, die durch den Landkreis finanziell unterstützt werden. Die Verwaltung stellt viele Räumlichkeiten für die Beratungsangebote zur Verfügung. Die</p>	

vorhandenen Probleme müssen beseitigt werden. Hierzu muss die allgemeine soziale Beratung in der Stadt Bitterfeld-Wolfen fortgesetzt und finanziert sowie stärker veröffentlicht werden. Die Bürger kommen oft mit Schuhkartons voller unsortierter Papiere. Das Bürgerbüro beim Landkreis schafft die Arbeit des Vorsortierens nicht.

**Frau Petzhold** sagt, dass es verschiedene Anlaufstellen im OT Bitterfeld gibt. Sie stimmt Frau Zoschke zu, dass es eine Stelle geben muss, wo das erste Sortieren von Unterlagen und Hilfestellungen geleistet wird. Diese könnte man bei der Wohlfahrtspflege ansiedeln, könnte aber auch durch die Kommune erfolgen.

**Herr Rohde** erkundigt sich, ob man sich vorstellen kann, die Stadtverwaltung finanziell zu unterstützen.

**Frau Petzhold** sagt, dass es eine Richtlinie gibt, wonach die Gelder verteilt werden. Es handelt sich um freiwillige Mittel und die Stadt möchte sicher nicht davon abhängig sein, da es sich nur um einen Zuschuss handelt. Einen rechtlichen Anspruch gibt es bisher nicht.

**Frau Zoschke** erklärt, dass mit Änderung des Familienförderungsgesetzes die Liga der freien Wohlfahrt verpflichtet worden ist, die integrative Sozialberatung zu installieren, allerdings beschränkt auf die Drogen- und Suchtberatung, die Schwangerschaftskonfliktberatung und die Schuldnerberatung. Sie schlägt dem Ausschuss vor, ein Gespräch mit den Mitarbeitern zu suchen, die in der Stadtverwaltung die Vereinbarung unterschrieben haben. Die Vereinbarung gibt es mit der Landkreis-Liga. Vielleicht ist es möglich, bei der Liga zu erfragen, wie gearbeitet wird, welche Lücken bestehen und wie die Stadtverwaltung helfen kann, die Lücken zu schließen.

**Herr Rohde** bemerkt, dass man einen Anschub alle halbe Jahre benötigt. Die Mitarbeiterin hat mit den Bürgern viel zu tun. Sie macht die Arbeit für die ca. 2 Mitarbeiter benötigt werden.

**Frau Petzhold** antwortet, dass sie mit Anschubfinanzierung nur die Besorgung der ersten Sachen gemeint hat. Eine Anschubfinanzierung wäre hier nicht nötig, da ein Büro vorhanden ist, es geht lediglich um den Erhalt der Stelle. Dem Landkreis ist nicht bekannt gewesen, dass in der Stadtverwaltung jemand für diese Zwecke arbeitet.

**Frau Finke** kann nicht verstehen, warum es immer nur um Geld und Richtlinien geht. Hier handelt es sich in erster Linie um Menschen, die Hilfe benötigen und darum, sie wieder etwas aufzufangen.

**Herr Gatter** sagt, dass man sich trotzdem an die Richtlinien halten muss. Früher gab es 4 Stellen für diese Aufgabe und nur durch Eintritt der Kolleginnen in den Ruhestand gibt es nur noch diese eine. Entweder man nutzt diese Richtlinie oder man muss sie gekonnt umgehen.

**Frau Zoschke** schlägt vor, dass sich Frau Bauer eventuell mal an das Sozialministerium wendet. Das Sozialministerium hat finanzielle Mittel eingestellt, um Landkreisen und Kommunen bei der Sozialraumplanung zu assistieren. Der Stadtrat müsste sich zu dieser Stelle bekennen. Vielleicht könnte man den KW-Vermerk wegnehmen und ESF-Mittel beantragen.

	<p>(ESF= Europäischer Sozialfond)</p> <p><b>Frau Petzhold</b> teilt mit, dass die Förderung von ESF auch nur 3 Jahre läuft. Man benötigt etwas Dauerhaftes. Sie würde sich gern mit Frau Jarczewski in Verbindung setzen, um zu schauen, was sie alles bearbeitet und wie sich das Klientel zusammensetzt. Vielleicht findet man eine Lösung.</p> <p><b>Herr Rohde</b> erklärt, dass die Kollegin auch einen großen Erfahrungsschatz mitbringt. Die Verwaltung ist für die Bürger der erste Anlaufpunkt.</p> <p>Er schlägt folgende Vorgehensweise vor:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Ein Fachgespräch mit der Liga anstreben.</li><li>2. An die Fraktionen herantreten, um einen gemeinsamen Stadtratsbeschluss herbeizuführen, an der KW-Stelle zu arbeiten.</li><li>3. Die Zusammenarbeit des Ausschusses mit dem Landkreis, insbesondere Frau Petzhold und Frau Zoschke weiterhin zu forcieren.</li><li>4. Frau Bauer wird gebeten, zu prüfen, ob die Förderprogramme insgesamt für die Stadt Bitterfeld-Wolfen zutreffen.</li></ol> <p>Nach der Sommerpause wird über diese Thematik wieder beraten.</p> <p>Abschließend bittet Herr Rohde alle Mitglieder des Ausschusses für Soziales um Zuarbeit bzgl. Fragen zum geplanten Fachgespräch mit der Liga.</p> <p><b>Der Ausschuss für Soziales</b> stimmt der Verfahrensweise einstimmig zu.</p>	
<p><b>zu 5</b></p>	<p><b>Fortführung der Sozialraumplanung</b> BE: Frau Zoschke, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses Frau Petzhold, Amtsleiterin Sozialamt Landkreis Anhalt-Bitterfeld</p> <p><b>Frau Zoschke</b> erklärt, dass der Landkreis für die Sozialraumplanung zuständig ist und die Stadt nur bedingt. Der Landkreis hat ein Armutsbericht erarbeitet. Es gibt 7 Teilpläne, an denen gearbeitet wird. Hierzu wurden 2 junge Mitarbeiter eingestellt, die die Arbeit koordinieren.</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Teilplan: demografische und soziale Daten (alles was den demografischen Wandel betrifft.)</li><li>2. Teilplan: Arbeitsmarkt und Einkommenssituation</li><li>3. Teilplan: steht gesetzlich fest, die Kinder- und Jugendhilfeplanung, Schulentwicklungsplanung.</li><li>4. Teilplan: Gesundheitsplan</li><li>5. Teilplan: Pflegestrukturplanung</li><li>6. Teilplan: Armutsbericht</li><li>7. Teilplan: Integrationsberichterstattung</li></ol> <p><b>Frau Ronneburg</b> sagt, dass bezahlbarer Wohnraum für Senioren geschaffen werden muss. Es gibt viele gute Pflegeheime, die sind aber alle voll. Geschiedene bekommen im Osten keinen Zusatz zur Rente für die Zeit der Ehe. In der sozialen Ecke muss was gemacht werden.</p> <p><b>Herr Rohde</b> teilt mit, dass der Ausschuss den Landkreis bei der Sozialraumplanung unterstützen möchte. Wo sieht der Landkreis Potential, den Ausschuss dabei zu integrieren.</p>	

	<p><b>Herr Sturm</b> erklärt, dass Probleme bekannt sind und aufgezeichnet werden. Wo ist die Stelle, die reagiert und eine Änderung herbeiführt.</p> <p><b>Frau Zoschke</b> antwortet, dass der Bund eine Klärung bei den Geschiedenen herbeiführen muss. Im Interesse von vielen Kindern sollte an einem Ganztagsanspruch nicht gerüttelt werden. Dieser sollte so ausgestaltet werden, dass es für alle Beteiligten ein Gewinn ist.</p> <p>Sie gibt die Power-Point-Präsentation als Anlage zum Protokoll, auch für Frau Ronneburg.</p> <p><b>Frau Blath</b> findet, dass die Ganztagsbetreuung noch weiter nach hinten geschoben werden sollte. Jetzt geht sie nur bis ca. 16 – 17 Uhr. Es gibt viele alleinerziehende Eltern die arbeiten gehen und zum Teil weite Arbeitswege haben.</p> <p><b>Herr Rohde</b> führt aus, dass der Arbeitsmarkt sich endlich an die Kinder anpassen muss. Es müssen Arbeitsplätze geschaffen werden, die die Kinderbetreuung für die Eltern möglich machen. Eine Überlegung wären auch Betriebskindergärten.</p> <p><b>Frau Zoschke</b> erklärt, dass Norwegen bereits Vorreiter ist. Dort endet alles um 16 Uhr, damit die Eltern sich um ihre Kinder kümmern können. Wenn man die Gesellschaft erhalten möchte, dann muss man diesbezüglich etwas unternehmen. Sie ist ebenfalls dafür, die Betreuungszeiten zu erweitern, aber nicht, dass Kinder zum Teil bis 15 Stunden betreut werden, sondern die Betreuung zeitlich verschoben bzw. versetzt wird. (Für Schichtarbeiter etc.)</p> <p>Frau Zoschke bietet an, dem Ausschuss für Soziales die Termine bekannt zu geben. Es handelt sich um offene Veranstaltungen und sie würde sich freuen, wenn der Ausschuss und Frau Bauer sowie Frau Ronneburg an diesen Terminen teilnehmen. Sie sind für jede tätige Mitarbeit dankbar.</p>	
zu 6	<p><b>Erste Informationen zum Seniorenmarkt</b> BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung</p> <p><b>Frau Bauer</b> erklärt, dass der Seniorenmarkt am 09.05.17 stattfindet. Die Mitteilung an die Vereine ist bereits raus. Die Meldungen müssen bis zum 03.03.17 zurückkommen. Die Brauchtumsmittel müssen noch zur Verfügung gestellt werden.</p> <p><b>Frau Ronneburg</b> sagt, dass beide Grundschulen im OT Stadt Bitterfeld ihre Mitwirkung abgesagt haben. Es findet noch eine Taschenbörse statt und Herr Eisenmann kommt, dieser möchte noch ein soziales Projekt fördern.</p> <p><b>Frau Zoschke</b> teilt mit, dass eventuell die Theatergruppe des Europagymnasiums angefragt werden könnte. Das Gesundheitszentrum könnte auch seine Angebote ausstellen und einen Stand betreuen.</p> <p><b>Herr Roye</b> bietet sich an, dass Programm durch seine Darbietungen eventuell auch kostenfrei zu erweitern.</p>	
zu 7	<p><b>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen</b></p> <p><b>Frau Ronneburg</b> sagt, dass Frau Heidrich in der Festwoche am 13.09.17 ein</p>	

	<p>Weinfest veranstaltet.</p> <p><b>Herr Rohde</b> teilt mit, dass der Beschlussantrag 191-2016 nicht mit auf der Tagesordnung stand, da es kein Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin gab. Er fühlt sich an den Beschluss des Stadtrates gebunden. Ein Einvernehmen konnte bis jetzt nicht hergestellt werden.</p> <p><i>Redaktioneller Hinweis des SB Bürgerservice: Es gab hierzu keinen Stadtratsbeschluss, der Hauptausschuss hat den Beschlussantrag u.a. in den Ausschuss für Soziales verwiesen. Der Einreicher (AfD-Fraktion) wurde gebeten, seinen Beschlussantrag zu aktualisieren, was bis zum Beginn der Ladungsfrist des Ausschusses für Soziales nicht erfolgte.</i></p> <p><b>Herr Gatter</b> erkundigt sich, ob es bereits eine Absprache mit der Bäder GmbH gab.</p> <p><b>Frau Bauer</b> antwortet, dass sie bereits mit Herrn Landskron Rücksprache gehalten hat. Er wäre für alles offen und technisch ist alles möglich. Er müsste nur wissen, für was man sich letztendlich entscheidet. Ein Stadtratsbeschluss muss herbeigeführt werden.</p> <p><b>Frau Zoschke</b> sagt, dass man die Fachtagung der Kreissenientage in die Seniorenwoche legen könnte.</p>	
<p><b>zu 8</b></p>	<p><b>Schließung des öffentlichen Teils</b></p> <p><b>Der Ausschussvorsitzende</b> schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.02 Uhr.</p>	

gez.  
Hendrik Rohde  
Ausschussvorsitzender

gez.  
Janine Zeyda  
Protokollantin